

SuedLink

BBPIG-Vorhaben 3, HGÜ-Verbindung Brunsbüttel - Großgartach
BBPIG-Vorhaben 4, HGÜ-Verbindung Wilster - Bergtheinfeld/West
Leitung-Nr.: LH-16-10001 / LH-16-10002

Vorhabenträger:



Ersteller:



ILF Beratende Ingenieure GmbH
Werner-Eckert-Str. 7
81829 München

DokumentenzahlNr.: A100-ILF-003131-AT-003

Planfeststellung

**Planfeststellungsabschnitt A1
von km 0+000 bis 13+937**

Unterlagen nach § 21 NABEG

DECKBLATT I

Teil A01

Erläuterungsbericht

Anhang 03: Erläuterungsbericht zum Deckblatt I

00	31.07.2024	DECKBLATT I	Steiningер	Kracht	Gullner
Vers.	Datum	Ausgabe	Erstellt	Geprüft	Freigegeben

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Abkürzungsverzeichnis	3
1 Einleitung	4
1.1 SuedLink.....	4
1.2 Einordnung der Unterlage.....	4
1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments.....	4
2 Genehmigungsrechtliche Einordnung	5
2.1 Vorausgegangene Planungsschritte	5
2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG	5
2.1.2 Überprüfung der Vollständigkeit gemäß § 21 Absatz 5 NABEG	5
2.1.3 Ablauf und Ergebnis des Verfahrens nach § 22 Absätze 2 bis 4 NABEG (Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und Öffentlichkeit).....	5
2.1.4 Ablauf und Ergebnis der Erörterungstermine nach § 22 Absatz 6 NABEG	5
2.1.5 Zwischenzeitlich eingereichte, ergänzende Anträge i.V.m. § 35 NABEG	5
2.2 Rechtliche Grundlagen	6
3 Beschreibung der geänderten Planungen.....	7
3.1 Veranlassung	7
3.2 Kennzeichnung	7
3.3 Planungsänderungen.....	8
3.3.1 Thema 1 - Kompensation.....	9
3.3.2 Thema 2 - Weitere Planungsänderungen	9

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erläuterung
AG	Arbeitsgruppe
AVZ	Allgemeinverständliche Zusammenfassung
BBPIG	Bundesbedarfsplangesetz
BNetzA	Bundesnetzagentur
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
GIS	Geographisches Informationssystem
HDD	Horizontal directional Drilling
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
NWG	Niedersächsisches Wassergesetz
TEN-E-VO	Transeuropäische Netze – Energie - Verordnung
TÖB	Träger öffentlicher Belange
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
VHT	Vorhabenträger
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WHG	Wasserhaushaltsgesetz

1 Einleitung

1.1 SuedLink

SuedLink ist ein Netzausbauprojekt des Stromübertragungsnetzes, dass als Erdkabelverbindung geplant wird. SuedLink besteht aus je einer Verbindung zwischen Brunsbüttel in Schleswig-Holstein und Großgartach in Baden-Württemberg (diese Verbindung wird in der Anlage zum Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) als „Vorhaben Nr. 3“ geführt) sowie zwischen Wilster in Schleswig-Holstein und Bergtheimfeld/West in Bayern (diese Verbindung wird in der Anlage zum BBPlG als „Vorhaben Nr. 4“ geführt). Rechtlich handelt es sich um zwei eigenständige Vorhaben, für die jeweils eigene Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gestellt wurden. Die Planfeststellungsverfahren werden für die beiden genannten Vorhaben verfahrensrechtlich verbunden. SuedLink ist in 15 Planfeststellungsabschnitte unterteilt. Die gegenständliche Unterlage ist Bestandteil der Unterlagen gem. § 22 NABEG zum Planfeststellungsabschnitt A1.

Für weitergehende Informationen zu SuedLink und zum Planfeststellungsverfahren wird auf die Kapitel 0 ff. im Teil A01 „Erläuterungsbericht“ der Unterlagen gem. § 21 NABEG verwiesen.

1.2 Einordnung der Unterlage

Das vorliegende Dokument Anhang 03 „Erläuterungsbericht zum Deckblatt I“ zum Teil A01 „Erläuterungsbericht“ ist Bestandteil der Unterlagen gemäß § 22 Absatz 7 NABEG bzw. § 73 Absatz 8 VwVfG für SuedLink im Planfeststellungsabschnitt A1.

1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments

Gegenstand des vorliegenden Dokuments ist eine Beschreibung der zwischenzeitlich vorgenommenen Planungsänderungen als Ausfluss aus dem Verfahren nach § 22 Absätze 2 bis 4 NABEG, die unter dem Deckblatt I zusammengefasst werden.

2 Genehmigungrechtliche Einordnung

2.1 Vorausgegangene Planungsschritte

2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG

Der Vorhabenträger hat den Plan und die Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG für den Planfeststellungsabschnitt A1 am 29.12.2023 bei der Bundesnetzagentur eingereicht. Dies erfolgte auf Grundlage der Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gemäß § 19 NABEG vom 17.02.2020, der anschließend durchgeführten Antragskonferenz gemäß § 20 Absatz 1 NABEG und den daraufhin von der BNetzA festgelegten Untersuchungsrahmen gemäß § 20 Absatz 3 NABEG vom 11.09.2020. Im Übrigen wird hierzu auf den Teil A01 „Erläuterungsbericht“, Kapitel 2.3 der Planfeststellungsunterlagen verwiesen.

2.1.2 Überprüfung der Vollständigkeit gemäß § 21 Absatz 5 NABEG

Die BNetzA hat den Plan und die Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG geprüft und die Vollständigkeit gemäß § 21 Absatz 5 NABEG am 30.01.2024 schriftlich bestätigt.

2.1.3 Ablauf und Ergebnis des Verfahrens nach § 22 Absätze 2 bis 4 NABEG (Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und Öffentlichkeit)

Die BNetzA hat nach Bestätigung der Vollständigkeit die Beteiligung der TÖB und Vereinigungen sowie der Öffentlichkeit eingeleitet.

Die TÖB wurden gemäß § 22 Absatz 2 NABEG am 09.02.2024 zur Stellungnahme bis zum 18.04.2024 aufgefordert.

Die Auslegung der Unterlagen gemäß § 22 Absatz 3 NABEG wurde ab dem 12.02.2024 öffentlich bekannt gegeben und erfolgte vom 19.02.2024 bis zum 18.03.2024. Die Einwendungsfrist gemäß § 22 Absatz 4 NABEG endete am 18.04.2024.

2.1.4 Ablauf und Ergebnis der Erörterungstermine nach § 22 Absatz 6 NABEG

Im Planfeststellungsabschnitt A1 wurde bisher noch kein Erörterungstermin gemäß § 22 Absatz 6 NABEG durchgeführt.

2.1.5 Zwischenzeitlich eingereichte, ergänzende Anträge i.V.m. § 35 NABEG

Der VHT hat mit Schreiben vom 28.02.2024 folgende ergänzende Anträge gestellt, deren Eingang von der BNetzA mit Schreiben vom 28.02.2024 bestätigt wurde.

- Antrag gemäß § 35 Absatz 2 Satz 2 NABEG auf Nichtanwendung von § 18 Absatz 3b NABEG
- Antrag gemäß § 35 Absatz 4 NABEG auf Nichtanwendung von § 1 Absatz 2 Satz 2 und 3 sowie § 18 Absatz 4 Satz 2 und Absatz 4a NABEG
- Antrag gemäß § 35 Absatz 6 NABEG auf Anwendung der §§ 19 – 21 NABEG a.F.

2.2 Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 22 Absatz 7 Satz 1 NABEG ist das Anhörungsverfahren im Falle einer Änderung bereits ausgelegter Unterlagen zu wiederholen, falls dadurch eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 22 UVPG notwendig wird. Der Vorhabenträger hat jedoch im Zuge der Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 NABEG einen Antrag auf Anwendung des § 43m EnWG gestellt, dem mit Schreiben der Bundesnetzagentur vom 30.01.2024 unter Az. 804 - 6.07.01.02/3-2-1 #14 2024-01-29-A-6 entsprochen wurde. Gemäß § 43m Absatz 1 EnWG findet das UVPG somit keine Anwendung mehr.

Ungeachtet des vorstehenden Umstands ist die Änderung eines bereits ausgelegten Plans gemäß § 73 Absatz 8 VwVfG jedoch Behörden, Vereinigungen oder Dritten mitzuteilen, deren Aufgabenbereich oder deren Belange erstmals oder stärker als bisher berührt werden. Ihnen ist Gelegenheit zu Stellungnahmen und Einwendungen zu geben. Wird sich die Änderung voraussichtlich auf das Gebiet einer anderen Gemeinde auswirken, so ist der geänderte Plan außerdem in dieser Gemeinde auszulegen. Vorliegend kann eine erstmalige oder stärkere Betroffenheit einer Behörde, einer Vereinigung oder eines Dritten nicht gänzlich ausgeschlossen werden, weshalb eine entsprechende Nachbeteiligung angeregt wird (siehe Kapitel 3.1).

3 Beschreibung der geänderten Planungen

3.1 Veranlassung

Als Ausfluss des Verfahrens nach § 22 Absätze 2 bis 4 NABEG sowie im Zuge der konkretisierenden Planungen für die Vorhaben Nr. 3 und Nr. 4 haben sich im Planfeststellungsabschnitt A1 Planungsänderungen ergeben, die unter dem Deckblatt I zusammengefasst werden. Die Änderungen an der Planung werden nachfolgend kurz zusammengestellt und in den Kapiteln 3.3.1 bis 3.3.2 näher erläutert.

- Änderungen bei der Kompensation infolge einer zu geringen Anzahl an verfügbaren Ökopunkten in den Ökokonten Vaalermoor 9 und 10 (Änderungen am Plan und den Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG als Ausfluss aus der 1. Beteiligung gemäß § 22 NABEG, die den Aufgabenbereich einer Behörde im Sinne des § 73 Absatz 8 VwVfG stärker als bisher berühren)
- Weitere Planungsänderungen (Änderungen am Plan und den Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG als Ausfluss aus der 1. Beteiligung gemäß § 22 NABEG, die nicht den Aufgabenbereich einer Behörde oder einer Vereinigung oder im Sinne des § 73 Absatz 8 VwVfG erstmals oder stärker als bisher berühren)

3.2 Kennzeichnung

Die unter dem Deckblatt I zusammengefassten Planungsänderungen im Sinne des § 22 Absatz 7 NABEG bzw. § 73 Absatz 8 VwVfG werden in den betroffenen Teilen des Plans und den Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG einheitlich in blauer Farbe kenntlich gemacht.

Jede geänderte Planfeststellungsunterlage wird im Deckblatt bzw. im Plankopf um den Schriftzug „Deckblatt“ bzw. „Deckblatt I“ in blauer Farbe ergänzt. Weiterhin erhält das Dokument eine hochgezählte Revisionsnummer mit ergänzenden Angaben zur Unterscheidung von der ursprünglich eingereichten Planfeststellungsunterlage.

In der Fußzeile einer jeden durch Änderung betroffenen Berichtsunterlage wird in der Fußzeile der Text „Deckblatt I“ ergänzt.

In Berichten und Tabellen werden die ursprünglichen, jetzt aber nicht mehr zutreffenden Textteile durchgestrichen und gleichzeitig in blauer Schrift dargestellt ([Muster](#)). Neu hinzukommende oder den alten Text ändernde Textteile werden in blauer Schrift dargestellt ([Muster](#)).

Ein Textteil, der einen bestehenden Textteil ändert, steht immer hinter dem durchgestrichenen Textteil.

Bei Texten werden aus Gründen der Eindeutigkeit immer ganze Worte oder Zahlen gestrichen bzw. hinzugefügt, somit nicht nur einzelne Buchstaben, Silben oder Ziffern.

Bei notwendigen umfangreicheren Änderungen können auch ganze Absätze oder Tabellen gestrichen und durch einen ganzen Absatz oder eine ganze Tabelle geändert werden.

Ist die Änderung einer Abbildung erforderlich, so wird die bisherige Abbildung diagonal in blauer Farbe durchgestrichen und mit einem blauen Rahmen versehen. Die anschließend eingefügte, ändernde Abbildung erhält einen blauen Rahmen. Hinzukommende Abbildungen, die keine bestehende Abbildung ändern, erhalten die Abbildungsnummer der vorangehenden Abbildung, ergänzt um einen laufenden Buchstaben (z.B.: 2a).

Entfallen Abbildungen oder Tabellen ersatzlos, so wird die laufende Nummer der Abbildungs- bzw. Tabellenüberschrift beibehalten, mit der Ergänzung „Abbildung (bzw. Tabelle) entfallen“.

Bei den Plandarstellungen (Anlagen) wird neben den oben angeführten Anpassungen im Plankopf eine separate Legende zur Erklärung der Änderungen eingefügt. Auch hier werden Änderungen in blauer Farbe dargestellt.

Bei Plänen (Anlagen) werden neben den unveränderten Planinhalten nur die geänderten Planinhalte dargestellt (in blauer Farbe). Farbige Flächenhinterlegungen werden dabei unter Beibehaltung der Farbigkeit blau umrandet. Die ursprünglich enthaltenen Planinhalte, die mit der Änderung entfallen, werden nicht mehr dargestellt. In Einzelfällen werden zur besserer Nachvollziehbarkeit entfallende Planinhalte blau ausgekreuzt.

3.3 Planungsänderungen

Die unter dem Deckblatt I zusammengefassten Planungsänderungen im Sinne des § 22 Absatz 7 NABEG bzw. § 73 Absatz 8 VwVfG werden den nachstehenden, übergeordneten Gründen bzw. Themen zugeordnet:

- Übergeordnetes Thema 1: Kompensation
- Übergeordnetes Thema 2: Weitere Planungsänderungen

Die Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Teile des Plans und den Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG, die von den o.g. Planungsänderungen im Sinne des § 22 Absatz 7 NABEG bzw. § 73 Absatz 8 VwVfG inhaltlich berührt werden. Zudem werden die inhaltlichen Änderungen den jeweils auslösenden Themen zugeordnet.

Tabelle 1: Übersicht der im Rahmen des Deckblattes I geänderten Planfeststellungsunterlagen:

Unterlage	Geändert durch
Teil A00 Vorblatt	Thema 1, 2
Teil A00 Gesamtinhaltsverzeichnis	Thema 1, 2
Teil A01 Erläuterungsbericht	Thema 1, 2
Teil A01 Erläuterungsbericht zum Deckblatt Anhang 03	Thema 1, 2
Teil A03 Allgemeinverständliche Zusammenfassung des UVP-Berichts	Thema 1, 2
Teil C06 Lageplan Anlage 01	Thema 2
Teil C08 Kreuzungsverzeichnis	Thema 2
Teil F UVP Bericht	Thema 1, 2
Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan	Thema 1, 2
Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan Anhang 01	Thema 1, 2
Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan Anhang 02	Thema 1, 2

Unterlage	Geändert durch
Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan Anlage 01	Thema 1, 2
Teil J Fachbeitrag EU-Wasserrahmenrichtlinie	Thema 2
K04 - Naturschutzrechtliche Ausnahme-genehmigungen und Befreiungen - Bericht	Thema 1
Teil L02 Bodenschutzkonzept	Thema 2
Teil L06.2 Hydrogeologisches Fachgutachten Bericht	Thema 2
Teil L06.2 Hydrogeologisches Fachgutachten Anlage 01	Thema 2
Teil L10 Abwägungsrelevante sonstige öffentliche und private Belange Anlage Bericht	Thema 2

3.3.1 Thema 1 - Kompensation

Das Erfordernis zu Änderungen an der Kompensationsermittlung und den Ausgleichsmaßnahmen ergibt sich aus dem Ausfluss des Verfahrens nach § 22 Absätze 2 bis 4 NABEG (Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und Öffentlichkeit).

Entgegen bisheriger Annahmen verfügen die verfahrensgegenständlichen Ökokonten „Vaalermoor 9“ und „Vaalermoor 10“ aktuell nicht über den bisher angenommenen Ökopunktstand, da Ökopunktezuschläge von der zuständigen Unteren Naturschutzbehörde nicht fristgerecht freigegeben werden konnten. Aufgrund dessen müssen die Angaben zu diesen o.g. Ökokonten in den Unterlagen angepasst und für die Differenz der noch nicht kompensierten Ökopunkte ein weiteres neues Ökokonto eingestellt werden. Hierfür wurde das Ökokonto „Vaalermoor 13“, welches im näheren Umfeld der gleichnamigen, o.g. Ökokonten liegt und vergleichbare Ziele aufweist. Zudem kann im Ökokonto „Vaalermoor 13“ nun auch teilweise funktionaler Ausgleich für Beeinträchtigungen von Gehölzen abgedeckt werden.

Desweiteren wurden in der Bilanzierung Korrekturen vorgenommen und die Kompensationsangaben in Ökopunkten entsprechend angepasst.

3.3.2 Thema 2 - Weitere Planungsänderungen

Als weiterer Ausfluss aus dem Verfahren nach § 22 Absätze 2 bis 4 NABEG ergibt sich über die Änderungen gemäß Kapitel 3.3.1 hinaus ein Erfordernis zu weiteren, zumeist kleineren redaktionellen Änderungen an den Plänen und den Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG, die ebenfalls mit in das Deckblatt I aufgenommen werden (z.B. Fehlerkorrekturen, redaktionelle Änderungen, Konkretisierung und Ergänzung von Erläuterungen).